

# BÜNDNIS FÜR BGF

Ältere Arbeitnehmer sind seltener krank. Wenn sie aber ausfallen, dauert dies in der Regel länger als bei ihren jüngeren Kollegen. 2013 entfielen in Deutschland rund 46 Prozent der Fehlzeiten auf die Gruppe der Arbeitnehmer über 50. Mit mehr betrieblicher Gesundheitsförderung lässt sich gegensteuern. 

## NEWS

■ **Blinddarm und Mandeln** werden in Bad Kreuznach, Bremerhaven oder Delmenhorst acht Mal häufiger entfernt als anderswo. Auch bei anderen OPs gibt es deutliche Regionalunterschiede. Das haben Studien der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa (OECD) und der Bertelsmann-Stiftung ergeben. Die Wissenschaftler vermuten, dass die großen regionalen Unterschiede entstehen, weil klare medizinische Leitlinien fehlen.

### ■ Krankenhausreform

Qualität der Klinikleistungen soll in den Vordergrund rücken

**SEITE 3**

### ■ Gesundheitsförderung

Vom neuen AOK-KiTa-Programm profitieren auch Erzieherinnen

**SEITE 4**

# Bündnis für mehr Gesundheit im Betrieb

Beschäftigte über 50 Jahre machen nicht einmal ein Drittel der Belegschaften aus. Doch bei den krankheitsbedingten Ausfallzeiten liegt der Anteil dieser Altersgruppe bei 46 Prozent. Dadurch geht nach neuen Zahlen des Wissenschaftlichen Instituts der AOK (WIdO) Arbeitsproduktivität im Wert von 42,6 Milliarden Euro verloren.

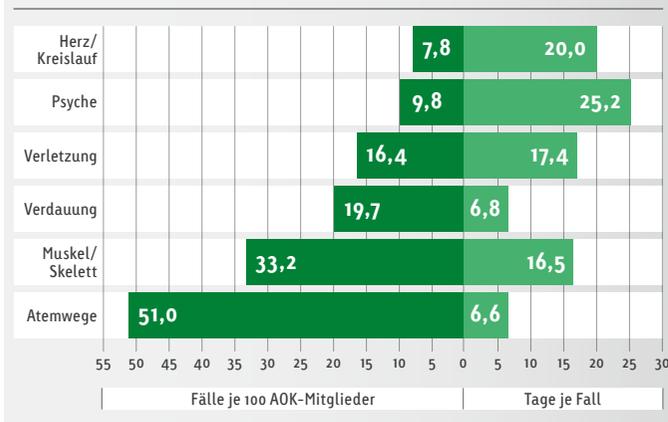
Angesichts des demografischen Wandels sollte die Wirtschaft deshalb die Betriebliche Gesundheitsförderung (BGF) stärker in den Blick nehmen. Das ist

eine der Konsequenzen aus dem „Fehlzeiten-Report 2014“, den das WIdO gemeinsam mit der Universität Bielefeld und der Beuth Hochschule für Technik Berlin herausgibt. Bei der Politik scheint das Thema angekommen: „Wir werden noch 2014 ein Präventionsgesetz verabschieden, das insbesondere die Prävention und Gesundheitsförderung in Lebenswelten (...) und die betriebliche Gesundheitsförderung stärkt (...)“, haben CDU, CSU und SPD Ende November 2013 in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart. Mit einem Gesetz dürfte es bis Jahresende nichts mehr werden. Doch deuten alle Signale darauf hin, dass BGF und andere Settingansätze tatsächlich Schwerpunkte der gesetzlichen Regelung werden.

Bei der AOK rennt die Politik damit offene Türen ein. Mit rund 22 Millionen Euro finanziert die Gesundheitskasse derzeit fast die Hälfte aller BGF-Maßnahmen der gesetzlichen Krankenversicherung. 2013 haben die Krankenkassen zusammen rund 46 Millionen Euro für BGF ausgegeben und waren in insgesamt 8.200 Unternehmen aktiv. Experten der AOK haben zuletzt rund 3.200 Betriebe beraten. Sie begleiten die Unternehmen in der Regel länger als die sonst üblichen drei Jahre.

Die Krankenkassen sind seit 2007 auch gesetzlich verpflichtet, BGF-Maßnahmen anzubieten. Danach sollen die Kassen den Betrieben dabei helfen, die ge-

## Arbeitsunfähigkeitsfälle und Dauer [AOK-Mitglieder 2013]



Quelle: Fehlzeiten-Report 2014

Muskel- und Skelett-Erkrankungen waren laut Fehlzeiten-Report auch 2013 die Hauptursache für Fehltage. Mehr als jeder fünfte Ausfalltag geht darauf zurück. Ursache für die hohe Zahl an Atemwegserkrankungen ist vor allem die heftige Erkältungswelle von Januar bis April 2013.

## Krankenstand nach Branchen [AOK-Mitglieder 2013]



Quelle: Fehlzeiten-Report 2014

Im Branchenvergleich weisen die Arbeitsfelder Energie/Wasser/Entsorgung/Bergbau traditionell den höchsten Krankenstand auf. Ein Krankenstand von 6,2 Prozent bedeutet: An einem durchschnittlichen Tag waren von 100 AOK-Mitgliedern gut sechs krank.

sundheitliche Situation zu analysieren, gemeinsam mit Beschäftigten und Arbeitgebern Vorschläge für eine gesundheitsgerechte Gestaltung der Rahmenbedingungen und zur individuellen Gesundheitsförderung zu erarbeiten und die vereinbarten Maßnahmen umzusetzen.

## Vorfahrt für Qualität Neue Mindestlöhne für Pflegekräfte

2015 will die Bundesregierung eine Krankenhausreform einleiten. Aus Sicht der AOK sollte sich die Krankenhausplanung künftig am tatsächlichen Bedarf der Patienten in einer Region und an der Qualität der Klinikleistungen ausrichten. So setzt sich die AOK dafür ein, dass Krankenhäuser nur zur Versorgung zugelassen werden, wenn sie gesetzlich festgelegte Qualitätskriterien erfüllen. Diese Vorgaben soll der Gemeinsame Bundesausschuss erarbeiten. Dieser Ausschuss ist das oberste Beratungs- und Entscheidungsgremium von Krankenhäusern, Ärzten und Krankenkassen.

Die Mindestlöhne in der Pflege steigen zum 1. Januar 2015 um 8,1 Prozent auf einen Stundensatz von 9,40 Euro in Westdeutschland und 8,65 in Ostdeutschland. Zum 1. Januar 2016 folgt eine zweite Anhebung auf 9,75 Euro (West) und 9,00 Euro (Ost) und zum Januar 2017 eine dritte auf dann 10,20 Euro (West) und 9,50 Euro (Ost). Das hat die Pflegekommission empfohlen. Ihr gehören Arbeit(s)nehmer- und Arbeitgebervertreter der privaten, öffentlich-rechtlichen und kirchlichen Pflegeeinrichtungen an.

Ab Oktober 2015 wird zudem der Kreis derer erweitert, für die der spezielle Mindestlohn gilt. Einbezogen werden dann auch Betreuungskräfte von dementen Personen, Alltagsbegleiter und Assistenzkräfte. In Einrichtungen, die unter den Pflegemindestlohn fallen, arbeiten derzeit rund 780.000 Beschäftigte

Das Bundesarbeitsministerium erlässt jetzt auf Grundlage der Kommissions-Empfehlungen eine Verordnung zur Umsetzung des Pflegemindestlohns. Dort, wo er nicht gilt (zum Beispiel in Privathaushalten), greift ab 1. Januar 2015 der allgemeine gesetzliche Mindestlohn von 8,50 Euro.

### MOBBING STOPPEN

Abgesehen von teils gravierenden persönlichen Folgen belasten die durch Mobbing verursachten Erkrankungen deutsche Unternehmen inzwischen mit rund drei Milliarden Euro jährlich. Die von Gewerkschaften, Arbeitgebern und Ministerien unterstützte „Initiative Neue Qualität am Arbeitsplatz“ (INQA) hat jetzt eine Anti-Mobbing-Broschüre mit Tipps für Betroffene und Arbeitgeber erstellt.



### BEFRISTUNG

Auch Arbeitsverträge von Betriebsratsmitgliedern dürfen befristet werden. Wird ein Vertrag dann aber nicht verlängert, weil jemand dem Betriebsrat angehört, wäre das eine unzulässige Benachteiligung. Mit diesem Urteil hat das Bundesarbeitsgericht Betriebsräte zwar im Prinzip gestärkt. Doch die Last, den Zusammenhang von Nichtverlängerung und Betriebsratsarbeit zu beweisen, liegt laut Gericht beim Beschäftigten. Das dürfte schwierig sein. So auch im Fall, der dem Urteil zugrunde liegt. Die Mitarbeiterin eines Chemieunternehmens wurde während der befristeten Anstellung in den Betriebsrat gewählt. Danach wurde ihr Vertrag einmal befristet verlängert. Eine weitere Verlängerung lehnte der Betrieb jedoch ab. Landes- und Bundesarbeitsrichter folgten der Darstellung des Unternehmens, die Ablehnung habe nichts mit der Betriebsrats Tätigkeit zu tun.

# Bestnoten für neues KiTa-Programm

Die AOK bietet ihr neues KiTa-Programm „JolinchenKids“ für Drei- bis Sechsjährige jetzt bundesweit an. Das Konzept beinhaltet auch Gesundheitsförderung für die Beschäftigten in Kindertageseinrichtungen.

Neben gesunder Ernährung und vielseitiger Bewegung steht bei „JolinchenKids“ das seelische Wohlbefinden der Kinder im Vordergrund. Eltern und Erzieherinnen werden dabei unterstützt, die seelischen Schutzfaktoren der Kinder bewusst wahrzunehmen und zu fördern. Das mit namenhaften Wissenschaftlern entwickelte Konzept schließt auch Gesundheit und Arbeitszufriedenheit der Erzieherinnen ein. „Der Arbeitsplatz KiTa bringt viele Belastungen mit sich, zum Beispiel ungünstige Körperhaltung, hohe Lärmpegel oder Zeitdruck“, erläutert Kai

Kolpatzik, Präventionsexperte beim AOK-Bundesverband. „Zum Programm gehören deshalb auch Kurs- und Beratungsangebote zur betrieblichen Gesundheitsförderung für KiTa-Beschäftigte.“

Das Programm wurde durch die AOK Niedersachsen, die AOK Rheinland/Hamburg und die AOK PLUS (Sachsen/Thüringen) erfolgreich erprobt. 98 Prozent der nach dem Testlauf befragten KiTa-Beschäftigten beurteilten das Programm als ‚hilfreich‘ oder ‚sehr hilfreich‘. Präventionsfachkräfte der AOKs betreuen die KiTas drei Jahre bei der Umsetzung. Ein wissenschaftlicher Beirat begleitet das Programm.

Die AOK versichert jedes dritte Kind in Deutschland und legt entsprechenden Wert auf die Gesundheitsförderung bei Kindern und Jugendlichen. Bereits 2007 hat die Gesundheitskasse die Initiative „Gesunde Kinder – gesunde Zukunft“ ins Leben gerufen.



Als Botschafter der AOK-Initiative „Gesunde Kinder – gesunde Zukunft“ setzt sich Philipp Lahm auch für das bundesweite KiTa-Programm JolinchenKids ein.



## FRAGE – ANTWORT

**In wie vielen Schritten steigt der Pflegemindestlohn bis 2017?**

**GEWINNEN\* SIE EINEN 50-EURO-SCHEIN!**

Zugestellt per Post.

**Einsendeschluss:**  
26. September 2014

**Gewinnerin des letzten Preisrätsels:**  
Gisela Reeg, 97422 Schweinfurt

\* Die Gewinne sind gesponsort und stammen nicht aus Beitragseinnahmen



## INTERESSANTE LINKS

- Mehr Sicherheit am Arbeitsplatz
- So kommt der Arzt an sein Geld